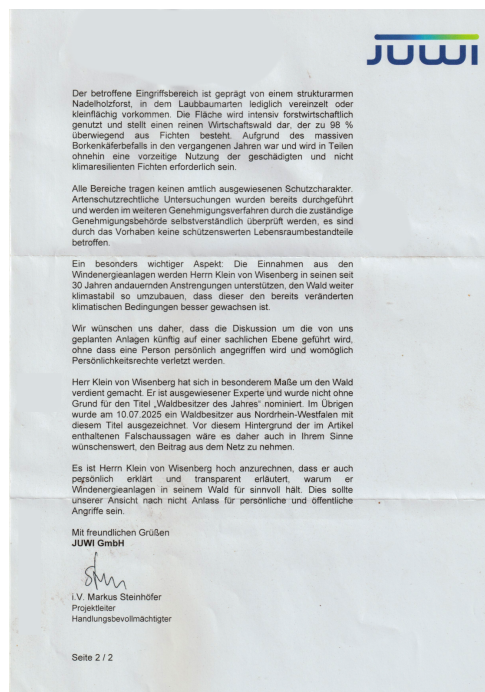
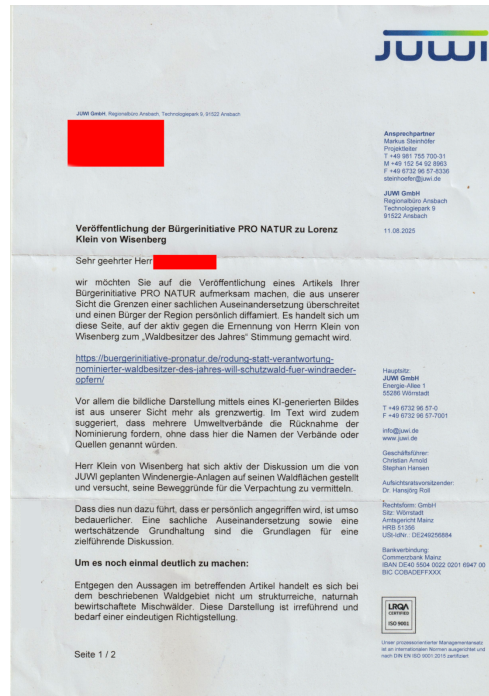


Schreiben von JUWI / Klein an die Bürgerinitiative Pronatur



Wald ist keine Industriefläche. Punkt.
Trotzdem sollen in unserem Wald – auf Flächen des Waldbesitzers Lorenz Klein von Wisenberg – Windindustrieanlagen errichtet werden. Herr Klein wirbt seit

längerer Zeit öffentlich für dieses Vorhaben, ließ sich für den Titel „Waldbesitzer des Jahres“ nominieren und trat damit selbst in die Öffentlichkeit. **Wer öffentliche Anerkennung sucht und zugleich Wald für Industrieprojekte freigibt, muss öffentliche, pointierte Kritik aushalten.**

Nach unserem **klar als Satire gekennzeichneten** Beitrag erreichte uns ein Schreiben der **JUWI GmbH**. Darin wird der Wald als „strukturarm“ deklariert, es wird mit „98 % Fichte“ argumentiert, „keine schützenswerten Lebensräume“ werden behauptet – und am Ende hätte man unseren Beitrag am liebsten aus dem Netz. **Transparente Belege? Fehlanzeige.** Parallel dazu erlebten zahlreiche Besucher*innen den öffentlichen Auftritt von Herrn Klein als konfrontativ und ausweichend gegenüber konkreten Sachfragen. **Wir sagen: Transparenz statt Beschwichtigung.**

Damit sich jede und jeder selbst ein Bild machen kann, veröffentlichen wir **das Originalschreiben der JUWI GmbH** sowie **unsere Antwort** im Wortlaut. In unserer Erwiderung fordern wir unter anderem:

- – Die **vollständige Offenlegung** aller Artenschutz-, Forst-, Boden- und Hydrologie-Gutachten (inkl. Methoden, Zeiträumen und Rohdaten),
- – Eine **präzise Eingriffs- und Flächenbilanz** je Anlage (Rodungen, Wegebau, Kran-/Lagerflächen, Kabeltrassen),
- – **Fundament- und Rückbaukonzepte** samt finanzieller Sicherungsleistung,
- – Sowie die **belegte Korrektur** pauschaler Aussagen – z. B. zur behaupteten „98 % Fichte“.

Klar ist: Was gerodet, verdichtet und zerschnitten ist, wächst nicht in wenigen Jahren nach. „Kein Schutzstatus“ bedeutet nicht „ökologisch wertlos“. Und die Erzählung, Einnahmen aus Windprojekten würden den „Waldumbau“ finanzieren, ersetzt keine Fakten – **ohne rechtlich belastbare Zweckbindung bleibt**

das Greenwashing.

Wir stehen für eine harte, faktenbasierte Debatte – **ohne Schmähungen, aber ohne Maulkorb**. Prüft die Dokumente, stellt Fragen, fordert Akteneinsicht. **Wald ist Naturraum – nicht das Expansionsfeld der Windindustrie.**

Reihenfolge oben: 1) Schreiben der JUWI GmbH · unten: 2) Antwort der Bürgerinitiative PRO NATUR

Mengkofen, 25.08.2025

JUWI GmbH
Regionalbüro Ansbach
Technologiepark 9
91522 Ansbach
z. Hd. Herrn Steinhöfel

Betreff: Ihr Schreiben zur Veröffentlichung der BI PRO NATUR / „Lorenz Klein“ – Bitte um Löschung / Behauptung „98 % Fichte“

Sehr geehrter Herr Steinhöfel / Klein,

wir beziehen uns auf Ihr Schreiben, in dem Sie unseren satirisch gekennzeichneten Beitrag kritisieren und die Entfernung aus dem Netz anregen. Vorweg: Wir werden uns weiter klar gegen Windkraftanlagen im Wald aussprechen – sachlich, deutlich und mit Respekt vor Personen.

Meinungsfreiheit & Satire

Unser Beitrag ist unmissverständlich als Satire gekennzeichnet. Satire darf überspitzen und zugespitzt Kritik an öffentlichen Vorgängen üben. Wir grenzen uns ausdrücklich von persönlicher Herabwürdigung ab. Sollten Sie konkrete Textstellen identifizieren, benennen Sie diese bitte exakt (Zitat + Nachweis). Wir prüfen das umgehend und korrigieren, falls erforderlich. Eine

pauschale Forderung nach vollständiger Löschung ist dafür kein geeigneter Weg.

„Wirtschaftswald“ bleibt Wald

Ihre Aussage, die betroffene Fläche sei ein „strukturarmer, intensiv forstwirtschaftlich genutzter Nadelholzforst“, ändert am Kern nichts: Wald ist kein Industriegebiet. Für Windkraft im Wald braucht es dauerhaft Rodungen, breite Zuwegungen, Kranstellflächen sowie massive Fundamente – mit Bodenverdichtung, Zerschneidung und einem Eingriff in Wasser- und Artenhaushalt. Das ist irreversibel im Generationenmaßstab, unabhängig davon, wie man den aktuellen Bestand etikettiert. Waren Sie schon mal in einem Wald, Herr Steinhöfel?

Zur Behauptung „98 % Fichte“

Nach öffentlich zugänglichen Monitoring-Daten und eigenen Begehungen ergibt sich ein deutlich heterogeneres Bild. Dem Waldmonitor zufolge liegt der Anteil Fichte bei ca. 71,9 %, dazu Kiefer 6,7 %, Buche 6,1 % sowie weitere Laubbaumarten 15,3 %. Uns ist bewusst, dass Fernerkundungsdaten methodische Grenzen besitzen und teils neu bebaute oder unbekannte Flächen automatisiert als Fichte geführt werden – gerade deshalb bitten wir um Transparenz. Bitte übermitteln Sie uns die Datengrundlage Ihrer „98 %“-Behauptung (Stichtag, Quelle, Abteilungs-/Unterabteilungsnummern, Methodik).

„Keine schützenswerten Lebensräume betroffen“?

Der fehlende amtliche Schutzstatus ersetzt keine fachliche Bewertung. Arten- und Habitatschutz ist mehr als ein Label auf der Karte. Wir fordern Einsicht in die vollständigen Gutachten (Avifauna, Fledermäuse, Spechte, Rotmilane ggf. Schwarzstorch/Haselhuhn, Reptilien, Amphibien, Flora),

inkl. Erfassungszeiträume, Methoden, Rohdaten/Transektenprotokolle. Eine pauschale Feststellung „keine schützenswerten Lebensraumbestandteile betroffen“ ist ohne Offenlegung nicht nachvollziehbar.

„Klimastabilisierung“ durch Windparkeinnahmen

Dass Pacht- oder Stromerlöse angeblich den Waldumbau finanzieren, ist weder nachprüfbar zweckgebunden noch ökologisch ein Freifahrtschein. Rodungen, Versiegelung/Verdichtung und Zuwegungen stehen dem Ziel eines naturnahen, resilienten Waldes entgegen. Wenn JUWI und Herr Klein tatsächlich eine zweckgebundene Verwendung zusichern wollen, erwarten wir nachweisbare, rechtlich verbindliche Regelungen (z. B. Treuhand/zweckgebundene Mittel, Offenlegung) – nicht nur Absichtserklärungen.

Öffentliche Rolle – öffentliche Kritik

Herr Klein hat sich öffentlich für Windkraft im Wald positioniert und eine öffentliche Auszeichnung angestrebt. Öffentliche Ämter und Ehrungen ziehen legitime öffentliche Debatte nach sich. Wir kritisieren Positionen und Handlungen, nicht die Privatsphäre.

Transparenz & Dialog

Statt Lösungsforderungen erwarten wir Transparenz. Bitte stellen Sie uns – oder der Öffentlichkeit – bis [Datum +14 Tage] folgende Unterlagen digital zur Verfügung (oder nennen Sie die Aktenzeichen zur Einsicht nach UIG/BayUIG im Genehmigungsverfahren):

1. Artenschutz-, Forst-, Boden- und Hydrologie-Gutachten (Volltexte inkl. Anhänge/Rohdaten).
2. Eingriffs-/Flächenbilanz je Anlage: Rodungsfläche, Kranstellflächen, Wegebau, Kabeltrassen, erforderliche Leitungsschneisen.
3. Fundament- und Rückbaukonzept inkl.

Sicherungsleistung (Bürgschaft/Kaution).

4. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (Standort, Umfang, Zeitplan, Monitoring).
5. Schall/Schatten/Infraschall-Prognosen inkl. Annahmen.
6. Nachweis der behaupteten „98 % Fichte“ (Quelle/Datum/Methodik).

Fazit: Wir wissen das wir mit diesem Brief (den wir natürlich Veröffentlichen) Ihnen und Herrn Klein von Wisenberg auf den Schlips treten und weisen Ihre Aufforderung zur Entfernung unseres Beitrags zurück. Bisher kam von Herrn Klein nur „Heisse Luft“ statt einer echten Debatte oder einem Interview. Wir stehen für eine sachliche, harte – aber faire Auseinandersetzung. Dazu gehört, dass JUWI Behauptungen belegt und Gutachten offenlegt. Wenn Sie konkrete Fehler im Text belegen, korrigieren wir diese selbstverständlich.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative PRO NATUR

Offener Brief an Herrn Hubert Aiwanger



Offener Brief an Herrn Hubert Aiwanger

Dieser hat am 12.06.2025 auf Instagram über den den Account des Bayerischen Wirtschaftsministeriums Folgenden Text Veröffentlicht:

Du denkst, wir pflastern Bayerns Wälder mit Windrädern zu? So einfach ist es nicht.□

Wenn wir über die Energiewende sprechen, darf die Windkraft nicht fehlen.

□□ *Und hier muss Bayern aufholen. Gekauft. Das Ziel der Staatsregierung, 1000 neue Windräder in Bayern bis 2030, ist erreichbar, aber nur, wenn der Wald mitberücksichtigt wird.*

Über ein Drittel der Landesfläche ist Wald, diese Gebiete liegen in der Regel am weitesten von Siedlungen entfernt und sind häufig der einzige Standort, an dem vorgegebene Abstände

überhaupt eingehalten werden können.

Jetzt denkst du vielleicht, wir opfern wertvollen Wald für die Energiewende. □

Fakt ist aber, dass Natur und Bürger profitieren können.

□ Viele Windräder sind Bürgerprojekte, wie aktuell im Hofoldingen Forst bei München. Die Anwohner profitieren direkt vom Stromverkauf.

Für den Bau der Windräder müssen Bäume gefällt werden, doch rundherum wird aufgeforstet oder ein Lebensraum geschaffen, der außerhalb des Waldes längst Mangelware ist. Die Natur gewinnt dazu – und für Vögel sind Windräder längst nicht so gefährlich wie Katzen, Fenster oder Straßen. □

Windkraft im Wald ist mehr als saubere Energie.

Die Pachteinahmen □ helfen auch dabei, den Wald aktiv umzubauen und widerstandsfähiger gegen den Klimawandel zu machen.

Was denkst du? Bist du bereit für Windräder im Wald bei dir daheim oder hast du Zweifel?

Schreib deine Meinung in die Kommentare. □.

Daraufhin bekam Herr Aiwainger innerhalb nur 24 Stunden Extreme Kritik von 31 Lesern und er hatte nur 3 Befürworter.

Offener Brief an Herrn Hubert Aiwainger

Sehr geehrter Herr Aiwainger,

mit großem Erstaunen und wachsender Besorgnis verfolgen wir Ihre jüngsten Werbekampagnen für den Ausbau der Windenergie in Bayern, insbesondere auf Plattformen wie Instagram. Sie präsentieren Windräder als zukunftsweisende Lösung, doch die Realität vor Ort sieht ganz anders aus: Während Sie in den sozialen Medien nur auf drei Befürworter stoßen, sprechen sich 31 Stimmen klar gegen Ihre Pläne aus, Bayern mit Windrädern zu überziehen. Die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger – sowohl direkt als auch indirekt betroffen – lehnt die Errichtung von Windkraftanlagen in unserer Heimat entschieden ab.

Wie bereits erwähnt, zeigen sowohl Ihre eigenen Instagram Beiträge als auch unsere Unterschriftensammlung ein klares Bild: Über 80% der nicht direkt betroffenen Menschen sprechen sich gegen Windräder in unseren Wäldern aus. Bei den direkten Anwohnern ist die Ablehnung sogar noch deutlicher – 95% bis zu 100% der Befragten sind gegen Windkraftanlagen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Diese Zahlen sind ein unmissverständliches Signal, das Sie als verantwortlicher Minister nicht länger ignorieren dürfen.

Die Nachteile von Windenergieanlagen sind vielfältig und gravierend. Sie reichen von der massiven Beeinträchtigung des Landschaftsbildes über die Zerstörung wertvoller Natur- und Erholungsräume bis hin zu erheblichen gesundheitlichen Belastungen für die Anwohner. Der Lärm, der von den Anlagen ausgeht, ist nicht nur störend, sondern kann nachweislich zu Schlafstörungen, Stress und anderen gesundheitlichen Problemen führen. Der sogenannte Infraschall, der von Windrädern ausgeht, ist ein weiteres, bislang viel zu wenig beachtetes Risiko für die Gesundheit der Menschen.

Darüber hinaus werden durch den Bau von Windkraftanlagen große Flächen Wald gerodet und Lebensräume für zahlreiche Tierarten unwiederbringlich zerstört. Besonders betroffen sind seltene und geschützte Arten wie Fledermäuse und Greifvögel, die durch die Rotoren getötet werden. Die Versiegelung von Böden, der Bau von Zufahrtswegen und die Errichtung von Betonfundamenten hinterlassen dauerhafte Schäden in unseren sensiblen Ökosystemen.

Auch wirtschaftlich sind Windräder keineswegs die Heilsbringer, als die sie oft dargestellt werden. Die Stromerzeugung ist wetterabhängig und schwankend, was zu einer unsicheren Versorgungslage führt. Die Kosten für den Ausbau der Netze und die notwendige Speicherung des Stroms werden auf die Verbraucher abgewälzt. Gleichzeitig sinken die Immobilienwerte in der Nähe von Windkraftanlagen drastisch, was für viele Familien existenzielle Folgen hat.

Ein weiterer, oft übersehener Punkt ist, dass die Interessen und Sorgen der betroffenen Anwohner bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen regelmäßig ignoriert werden. Entscheidungen werden häufig über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen, ohne Rücksicht auf deren Lebensqualität, Gesundheit und die Zukunft ihrer Heimat. Immer wieder zeigt sich, dass wirtschaftliche Interessen von Investoren und Projektentwicklern im Vordergrund stehen, während die berechtigten Anliegen der Bevölkerung keinerlei Gewicht haben. Dieses Vorgehen führt zu Frust, Unmut und einer tiefen Entfremdung zwischen Politik und Bürgern – und es macht deutlich, dass der Ausbau der Windkraft gegen den Willen der Mehrheit durchgesetzt werden soll.

Zudem ist die Frage der Versorgungssicherheit und Netzstabilität weiterhin ungelöst. Windenergie ist volatil und nicht grundlastfähig. In windarmen Zeiten

drohen Versorgungslücken, die durch teure und umweltschädliche Reservekraftwerke ausgeglichen werden müssen. Die Abhängigkeit von wetterabhängigen Energiequellen kann zu einer gefährlichen Instabilität im Stromnetz führen – mit unkalkulierbaren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch der oft propagierte Beitrag der Windenergie zum Klimaschutz ist kritisch zu hinterfragen. Die Herstellung, der Transport und die Errichtung von Windkraftanlagen verursachen erhebliche Mengen an CO₂ und anderen Schadstoffen. Die Entsorgung der riesigen Rotorblätter und Fundamente nach Ablauf der Lebensdauer ist bislang ungelöst und stellt eine enorme Umweltbelastung dar. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass Windräder per se klimaneutral sind.

Als Sohn eines Landwirts und Diplom-Agraringenieur (FH) der Fachhochschule Weihenstephan sollten Sie, Herr Aiwanger, eigentlich aus erster Hand wissen, welche gravierenden Folgen der Bau von Windkraftanlagen in Wäldern und auf landwirtschaftlichen Flächen mit sich bringt. Gerade Sie müssten die Bedeutung intakter Böden, gesunder Wälder und funktionierender landwirtschaftlicher Flächen für unsere Ernährungssicherheit, den Wasserhaushalt und das ökologische Gleichgewicht kennen. Die Rodung von Waldflächen für Windräder zerstört nicht nur wertvolle Lebensräume, sondern beeinträchtigt auch die Schutzfunktionen des Waldes, etwa beim Hochwasserschutz und als CO₂-Speicher. Auf Feldern führen die massiven Fundamente, Zufahrtswege und Baustellen zu Bodenverdichtung, Erosionsgefahr und langfristigen Ertragseinbußen. Die landwirtschaftlichen Betriebe, die ohnehin schon unter wirtschaftlichem Druck stehen, werden so zusätzlich belastet und in ihrer Existenz gefährdet. Gerade von Ihnen, mit Ihrem fachlichen

Hintergrund und Ihrer Herkunft, hätten wir mehr Verständnis und Einsatz für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen erwartet.

Besonders kritisch sehen wir auch, dass sich einige Waldbesitzer und Grundstückseigentümer durch die Verpachtung ihrer Flächen an Windkraftbetreiber persönlich bereichern, während die negativen Folgen für Umwelt, Natur und die Allgemeinheit in Kauf genommen werden. Es ist moralisch höchst fragwürdig, kurzfristige finanzielle Vorteile über den langfristigen Schutz unserer Heimat und der natürlichen Lebensgrundlagen zu stellen. Die Verlockung, mit Pachteinahmen ein sicheres Einkommen zu erzielen, darf nicht dazu führen, dass wertvolle Wälder und Landschaften unwiederbringlich zerstört werden. Wer sich auf diese Weise bereichert, handelt nicht im Sinne des Gemeinwohls, sondern trägt aktiv zur Spaltung der Dorfgemeinschaft und zur Zerstörung unserer Umwelt bei.

Herr Aiwanger sie sollten sich für eine Energiepolitik einzusetzen, die auf Augenmaß, Vernunft und den Schutz unserer bayerischen Heimat setzt. Die Menschen in Bayern erwarten von ihrer Landesregierung, dass sie nicht blind einem Trend folgt, sondern verantwortungsvoll abwägt, was wirklich gut und richtig für Land und Leute ist. Stoppen Sie den weiteren Ausbau der Windenergie in sensiblen Gebieten und setzen Sie sich stattdessen für eine nachhaltige, naturverträgliche und sozial gerechte Energiepolitik ein. Es gibt zahlreiche Alternativen, die den Schutz unserer Heimat und die Versorgungssicherheit gleichermaßen gewährleisten können – von der Förderung der Solarenergie auf bereits versiegelten Flächen bis hin zu innovativen Speichertechnologien und einer echten Energieeinsparung.

Wir fordern Sie daher auf, die Sorgen und Argumente der

betroffenen Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und von weiteren Plänen zur Errichtung von Windrädern in sensiblen Gebieten Abstand zu nehmen. Setzen Sie sich stattdessen für echte Alternativen ein, die unsere Heimat und unsere Lebensqualität bewahren!

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative ProNatur